Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 161 | Dresden, Dienstag den 14. Juli 1925 | 36. Jahrg.

Abdrosselung der Opposition

Die Versuche der Regierungsparteien im Reichstag zur Durchpeitschung der Zollvorlage nehmen jetzt fast groteske Formen an. Die Opposition soll auf möglichst raschem Wege endgültig mundtot gemacht werden und zu diesem Zweck will man **die Redezeit auf fünf Minuten** begrenzen. Weiter ist geplant, die Positionen zusammenzuwerfen und sie möglichst ohne Rücksicht darauf, ob sie zusammengehören oder nicht, gemeinsam zur Debatte zu stellen. Der neue Feldzugsplan soll bereits am Dienstag in Kraft treten. So hoffen die Regierungsparteien noch bis Ende Juli zu „siegen" und die Zollvorlage zum Gesetz zu erheben.

Die im Aufwertungsausschuß von den Regierungsparteien angewandte Methode soll also jetzt auch auf den handelspolitischen Ausschuß Anwendung finden. Der Erfolg dieser Taktik für den Aufwertungsausschuß war eine Erklärung der Abgeordneten Keil und Dr. Best, daß sie auf Anträge usw. verzichten, weil das infolge des Terrors der Regierungsparteien keinen Zweck mehr hat. Das Aufwertungsgesetz kam dann ohne eine gründliche abschließende Durchberatung vor das Plenum, wo es gegenwärtig zur Debatte steht. Man wird es hier schließlich verabschieden, aber kein Mensch dürfte sich einbilden, daß damit die Aufwertungsfrage „erledigt" ist.

Aehnlich wird es bei der Zollfrage sein. Man glaubt, die Opposition mundtot machen zu können und wird schließlich die Zollvorlage gegen die Opposition annehmen. Es ist aber zu bedenken, daß bei der Zollvorlage die Dinge noch viel schwieriger liegen als bei dem Aufwertungsproblem. Ein Zolltarif ist gewissermaßen eine handelspolitische Verfassung. Wenn diese Verfassung unter Terror ins Leben tritt, wenn man jede sachliche Erörterung einer großen Opposition niederknüppelt, verstößt man gegen das ungeschriebene Gesetz, daß eine Verfassung nicht dekretiert und nicht diktiert werden kann. Sie hat eben nur Lebensaussichten, wenn sie die durch die Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft begründeten Wünsche der Gegenparteien so weit wie möglich berücksichtigt. Was die Regierungsparteien aber jetzt planen, bedeutet einen Verstoß gegen dieses Gesetz. **Die Folgen haben sich die Väter der Zollvorlage selbst zuzuschreiben.**

Arbeiterschaft und Agrarzölle

Der Widerstand im Zentrum

Berlin, 14. Juli. (Eig. Funkspruch.) Das Zentrumsblatt, die Germania, bringt heute morgen einen Leitartikel unter der Ueberschrift: **Arbeiterschaft und Agrarzölle**, in dem eine scharfe Ablehnung der Hochschutzzollpolitik gefordert wird. U. a. sagt das Blatt:

„Es kann kaum geleugnet werden, daß die Agrarzölle eine **neue nicht unerhebliche Belastung für die breiten Schichten der Lohnarbeiter** bedeuten. Es hat keinen Zweck, Agrarzölle zu erstreben mit der Begründung, daß **eine Erhöhung der Preise nicht zu erwarten** sei. Eine Erhöhung der Preise ist jedoch der Zweck der Agrarzölle. Man mag darüber streiten, ob sich die Zölle ganz oder teilweise auswirken. **Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise ist mit dem Zoll unvermeidlich verbunden.**"

Das Blatt schreibt zum Schluß: „Die Verteuerung der Lebensmittel läßt sich leichter ertragen, wenn Löhne und Gehälter erhöht werden können. Nun behaupten aber die Industrie bei jeder Gelegenheit, daß **sie keine höheren Löhne und Gehälter zahlen könnte.** In einer Denkschrift an den Reichskanzler behauptet der Reichsverband der Industrie, Löhne und Gehälter müßten abgebaut werden, weil sonst die Industrie nicht konkurrenzfähig wäre. Eine Möglichkeit, die Löhne zu erhöhen, wird **von der Industrie entschieden in Abrede gestellt.** Erheblich schlechtere Reallöhne als in der Friedenszeit, auf eine schlechte Lebenshaltung angewiesen, ohne Aussicht auf einen Ausgleich bei der Verteuerung der Lebensmittel, werden nun **der Arbeiterschaft noch Getreidemindestzölle zugemutet.** Heute bereits ist die Arbeiterschaft auf schlechte Lebensmittel und Ersatzmittel angewiesen. Können Löhne und Gehälter nicht erhöht werden, dann mag **die Landwirtschaft** wohl höhere Preise bekommen, aber **der Verbrauch muß zurückgehen.** Es wird gesagt, eine Erhöhung der Preise für Agrarprodukte würde die industrielle Absatzmöglichkeit vermehren. Das ist nur bedingt richtig. Zur Zeit bedeutet es nur eine **Verschiebung der Nachfrage in industriellen Erzeugnissen. Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bedeutet zur Zeit eine Verschiebung des Einkommens und keine Erhöhung der industriellen Absatzmöglichkeit** im Inland."

*

Es ist schon seit langem bekannt, daß von dem Arbeiterflügel im Zentrum lebhafter Widerstand gegen die Agrarzölle geleistet wird. Aber das Zentrum hat auch einen starken agrarisch-großindustriellen Flügel. Es bleibt abzuwarten, welcher Flügel diesmal für das Verhalten der Gesamtpartei maßgebend bleiben wird. Es muß auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß bei den entscheidenden Abstimmungen das Zentrum auseinanderfällt.

Für Volksentscheid in der Zollfrage

Breslau, 13. Juli. Der sozialdemokratische Bezirksparteitag für Mittelschlesien nahm eine Entschließung an, in der die Reichstagsfraktion aufgefordert wird, mit Entschiedenheit für eine Verständigung im deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikt einzutreten. Eine weitere Entschließung verlangt **für den Fall der Annahme der Zollvorlage**, daß die Reichstagsfraktion für eine Aussetzung der Verkündung eintritt und auf einen Volksentscheid in dieser Frage hinwirkt.

Der Rutsch nach rechts

Frankreichs Linkskartell ausgeschaltet und gesprengt

P. **Paris**, 13. Juli. (Eig. Drahtb.)

In der Schlußabstimmung ist der nach den Wünschen des Senats abgeänderte Haushaltsentwurf von der Kammer mit 415 gegen 140 Stimmen bei etwa 30 Stimmenthaltungen endgültig angenommen worden. Bei der entscheidenden Abstimmung über die Umsatzsteuer hat die Regierung nur eine Mehrheit von 298 gegen 228, also von 70 Stimmen erhalten. Gegen das Ministerium Painlevé haben gestimmt die 103 Sozialisten, 29 Kommunisten, 77 Radikalsozialen und 16 Republikanische Sozialisten. Aus dem Lager des Linkskartells hat die Regierung noch nicht einmal 100 Stimmen erhalten. Das Ministerium Painlevé hat sich endgültig auf die Seite der Reaktion geschlagen. Es hat mit Hilfe der Reaktion von den gemäßigten Republikanern der Mitte bis zu den Royalisten der äußersten Rechten einen Sieg gegen die Mehrheit der Wählermassen, von der es sein Mandat erhalten hat. Mit den Sozialisten haben zwei Drittel der Radikalsozialisten und die Hälfte der republikanischen Sozialisten, der Partei, der Painlevé und Briand selbst angehören, gegen das Kabinett gestimmt. Die seit Wochen andauernde Krise ist damit zum offenen Ausbruch gekommen. Painlevé und Briand haben nicht einen Augenblick gezögert, ihren Ministersessel nicht nur die eigne politische Vergangenheit, sondern auch das Kartell selbst zu opfern, das seit Sonntag tatsächlich aufgehört hat zu bestehen. Die Opfer, welche die sozialistische Fraktion seit Wochen um der Erhaltung der Koalition willen — die dem Volkswillen vom 11. Mai letzten Jahres entsprach und bei den Gemeindewahlen dieses Frühjahrs die Feuerprobe bestanden hatte — auf sich genommen hat, sind leider vergeblich gebracht worden. Vergebens haben in der Nachtsitzung die Genossen Leon Blum und Bedouce den Ministerpräsidenten und den Finanzminister beschworen, den Block der Linken vom 11. Mai nicht aufs Spiel zu setzen. Ihre Mahnung ist ungehört verhallt. Caillaux hat seine Unbeliebtheit mit Gründen des „nationalen Interesses", mit der unerläßlichen Rücksicht auf die Sanierung des Haushalts begründet, um derentwillen er auf keine der bisherigen Einnahmequellen verzichten könne. In Wirklichkeit ist das, wie Leon Blum schlagend und unwiderleglich nachwies, ein rein demagogisches Argument. Denn im gleichen Augenblick, wo die Regierung die von der Linken im Interesse der Senkung der Lebenshaltungskosten einmütig geforderte Entlastung des Kleinhandels und des Handwerks von der Umsatzsteuer ablehnte, hat sie durch Befreiung der neuen wertbeständigen Anleihe von allen Steuern den besitzenden Klassen ein Steuergeschenk gemacht, das, wie Bedouce nachwies, auf mindestens 3 Milliarden jährlich zu beziffern ist.

Die am Montag morgen nach der entscheidenden Nachtsitzung erfolgte Schließung des französischen Parlaments gibt dem Ministerium Painlevé Ellenbogenfreiheit bis zum Wiederzusammentritt im Herbst. Zwei Probleme sind es vor allem, die es in der Zwischenzeit zu lösen haben wird: das Marokko-Abenteuer und die Sanierung der Finanzen und der Währung. Das Parlament ist dabei auf die Dauer von vier Monaten ausgeschaltet.

Narrerei mit der Amnestie

Die Entscheidung über die Frage, ob und in welchem Umfange eine Reichsamnestie erfolgt, wird im Laufe dieser Woche fallen. In der Kabinettsberatung vom Sonnabend konnte noch keine Einigung erzielt werden. Von der Gestaltung der Reichsamnestie hängt das Vorgehen der Länder ab. Da nach der Entscheidung der Reichsregierung die Amnestievorlage noch den Reichsrat und den Reichstag passieren muß, kann vor Herbst mit dem Erlaß der Amnestie nicht mehr gerechnet werden.

Rußland kauft für 300 Millionen in England

S. **London**, 13. Juli. (Eig. Drahtb.) Rakowski kam am Sonnabend aus Moskau hier an und hatte am Montag eine lange Unterredung mit Chamberlain. Er gab Kenntnis von Aufträgen seiner Regierung, die für 15 000 000 Pfund Sterling (300 Millionen Goldmark) Maschinen in England bestellen will. Einem Vertreter der Tribune erklärte er, Rußland sei eifrig bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen zu England, wie sie früher unter der Ministerpräsidentschaft Macdonalds bestanden hätten, wiederherzustellen.

Zollvorlage und Volksgesundheit

Von Marga Stegmann, M. d. R.

I. Wohnungen

Wir kennen alle die Wohnungsnot in Deutschland. In der Zeit der Not, Krieg und Inflation lag der Wohnungsbau fast ganz danieder. Seither konnte weder das damals Versäumte nachgeholt noch der fortgesetzte Bedarfszuwachs befriedigt werden.

Nicht nur wir kennen diese Not, auch die Regierung kennt sie und berät zusammen mit dem Wohnungsausschuß des Reichstags in langen Sitzungen darüber, wie ihr abzuhelfen sei.

Ganz niedrig geschätzt, fehlen im Reich zur Zeit 600 000 Wohnungen. Werden großzügige Mittel zur Verfügung gestellt, jährlich 750 Millionen, so kann binnen sechs Jahren die Wohnungsnot behoben sein. Jährlich würden dann 150 000 Wohnungen erstellt werden können, wovon 100 000 zur Deckung des Fehlbetrags, 50 000 zur Deckung des jährlichen Zuwachsbedarfs gerechnet werden.

Aber die Wohnungsnot hat eine doppelte Fassade: nicht bloß fehlen Wohnungen, es fehlt auch bei den Wohnungsbedürftigen das Geld, um die Miete der neuhergestellten Wohnungen bezahlen zu können. Die Baumaterialien sind ungeheuer im Preis gestiegen; die neuen Häuser müssen beinahe buchstäblich mit Gold gebaut werden.

Während die Regierungsvertreter im Wohnungsausschuß beteuern, daß sie Mittel und Wege suchen, die Baumaterialien herabzusetzen, suchen in einem andern Ausschuß andre Vertreter derselben Regierung darzutun, daß eine Verteuerung desselben Materials unbedingt erforderlich ist.

Echt biblisch: die rechte Hand soll nicht wissen, was die linke tut. Leider verfügen Regierungen nicht nur über zwei Hände, sondern über hunderte, und da keine von der andern weiß, ist das Chaos vollkommen. Aber ein roter Leitfaden ist stets darin: was geschieht, dient dem Nutzen derer, die haben, und hilft zur Ausbeutung derer, denen auch das wenige, was sie haben, genommen werden soll.

An der Verteuerung der Baumaterialien arbeitet der Handelspolitische Ausschuß; die Zollvorlage sieht für Zement z. B., dessen Bedeutung als Baumaterial fortgesetzt wächst, einen dreimal so hohen Zollsatz vor wie bisher und will auch Schiefer und Steine teils mit erhöhten, teils mit neuen Zöllen belegen. Man nennt das „Schutz der heimischen Industrie" und verspricht dem gläubigen Volke billige Preise und erhöhte Produktion davon.

Das Bedürfnis, gut und gesund zu wohnen, ein Heim zu haben, das nicht nur Schutz vor den Unbilden der Witterung, sondern auch Ruhe und Behagen bietet, gehört zu den elementarsten menschlichen Ansprüchen an das Leben. Und doch gab es zu allen Zeiten und gibt es heute mehr als früher eine große Zahl von Menschen, die diesen billigen Anspruch noch reduzieren und um jede elende Unterkunft froh sein müssen.

Die Gesundheit der Menschen ist von vielen Dingen abhängig: gesunde, luftige, gut belichtete und trockene Wohnungen stehen mit an erster Stelle unter ihnen. Ein Beweis, daß die Beschaffenheit der Wohnung an sich auch ohne Mithilfe von andern Faktoren wichtig ist, ist durch den Umstand erbracht, daß in baulich schlechten, in bezug auf Luft und Licht ungünstigen Krankenhäusern, trotz guter Pflege, sich der Zustand von Kranken verschlechtert, die, in andre Krankenhäuser verbracht, gesunden.

Der Mangel an Licht ist schuld daran, wenn in Kellerwohnungen Krankheits- und Todesfälle besonders häufig sind. Wohnungen sind unter sonst gleichen Bedingungen um so gesunder, von je weniger Menschen sie bewohnt werden. Die Tuberkulose ist nicht zuletzt wegen der Wohnverhältnisse eine Volksseuche; die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen geht parallel mit der Ueberfüllung der Wohnungen.

Das „Existenzminimum" in bezug auf Wohnung beträgt 10 Kubikmeter für Schlafraum (bei einer Höhe von zirka 1,70 Meter ein Raum von 2 auf 3 Meter) und 20 Kubikmeter für Wohnraum. Mehr als 70 Prozent der Berliner Bevölkerung haben diesen Mindestraum nicht, und mehr als ein Drittel der Bevölkerung hat keinen Wohnraum. Mehr als 40 Prozent der Wohnungen sind menschenüberfüllt.

In Berlin haben 70 Prozent der Wohnungen nur 1 bis 2 Räume; häufig wohnen und schlafen 8 bis 12 Personen in einem Raum; der Luftraum beträgt häufig kaum 4 Kubikmeter. Es gibt ein Haus in der Siemensgemeinde, das 250 Familien beherbergt; auf einen Korridor münden 30 Wohnungen; die Familien haben meist nur einen Raum von 5,1 auf 3 Meter; häufig besitzen sie nur 1 bis 2 Betten; es schlafen 3 bis 4 Personen in einem Bett und andre auf dem Fußboden, häufig wohnen 2 bis 3 Familien in einem Raum. — Bei der Heimarbeitsausstellung in Berlin diesen Sommer sah man Abbildungen von „Wohnungen", wo in einem Raum 8 bis 10 Personen schliefen und arbeiteten.

Solche Zustände sprechen jeder Kultur, jeder Hygiene Hohn. Wollten die amtlichen Stellen die Menschenüberfüllung der Wohnungen berücksichtigen, so kämen sie zweifellos zu viel höheren Zahlen; sollten alle Menschen das Existenzminimum an Wohn- und Schlafraum haben, so ergäbe sich ein Vielfaches des festgestellten Fehlbetrags von 600 000 Wohnungen.

Die Ansteckungsgefahr für Tuberkulose und alle Infektionskrankheiten, namentlich auch für Geschlechtskrank-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250714/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG